

Bestätigte Tagesordnung:

1	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der fehlenden Mitglieder und der Beschlussfähigkeit	
2	Entscheidung über Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung	
3	Entscheidung über Einwendungen zur Niederschrift und Feststellung der Niederschrift der letzten Sitzung vom 01.12.2016	
4	Jahresabschluss 2011 der Stadt Bitterfeld-Wolfen gemäß § 120 Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA) BE: GB Finanz- und Ordnungswesen	Beschlussantrag 294-2016
5	Haushaltskurzanalyse zum Stichtag 21. November 2016 BE: GB Finanz- und Ordnungswesen	
6	Mitteilungen, Anfragen, Anregungen	
7	Schließung des öffentlichen Teils	

<p>zu 1</p>	<p>Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der fehlenden Mitglieder und der Beschlussfähigkeit</p> <p>Der Ausschussvorsitzende, Herr Tetzlaff, eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Er fragt, ob es Einwände zur Ordnungsmäßigkeit der Einladung gibt. Da dies nicht der Fall ist, stellt er die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 4 stimmberechtigten Ausschussmitgliedern und 3 sachkundigen Einwohnern fest.</p>	
<p>zu 2</p>	<p>Entscheidung über Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung</p> <p>Es erfolgen keine Änderungsanträge zur Tagesordnung, weshalb der Ausschussvorsitzende über die Tagesordnung abstimmen lässt.</p> <p style="text-align: right;">einstimmig beschlossen</p>	<p>Ja 4 Nein 0 Enthaltung 0</p>
<p>zu 3</p>	<p>Entscheidung über Einwendungen zur Niederschrift und Feststellung der Niederschrift der letzten Sitzung vom 01.12.2016</p> <p>Es erfolgen seitens der Ausschussmitglieder keine Hinweise zur Niederschrift. Der Ausschussvorsitzende lässt somit über diese abstimmen.</p> <p style="text-align: right;">einstimmig beschlossen</p>	<p>Ja 4 Nein 0 Enthaltung 0</p>
<p>zu 4</p>	<p>Jahresabschluss 2011 der Stadt Bitterfeld-Wolfen gemäß § 120 Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA) BE: GB Finanz- und Ordnungswesen</p> <p>Herr Hülßner merkt an, dass im Hinblick auf die Regelungen in der Zuständigkeitsordnung, die Auffassung entstehen könnte, „alle Finanzangelegenheiten“ so auch die Jahresrechnungen in den HhFA einzubringen.</p> <p>Herr Dr. Rauball stellt klar, dass es die Intension des Verfassers war, alle aktuellen Finanzangelegenheiten im HhFA und alle in der Vergangenheit liegenden Angelegenheiten wie eben die Jahresrechnungen ausschließlich im RPA vorzubereiten.</p> <p>Herr Hülßner informiert die Ausschussmitglieder in einer Präsentation über die künftige Vorgehensweise bei der Erarbeitung von Jahresabschlüssen. Man habe nach dem Modell Mainz (verteilter Auszug aus der Zeitschrift der „Neue Kämmerer“) mit der Unterstützung eines sachkundigen Professors der Universität Potsdam die Möglichkeit, die noch ausstehenden Jahresabschlüsse der letzten Jahre, zügiger zu bearbeiten. Als Grund für den zeitlichen Verzug benennt er unter anderem auch Probleme bei der Umstellung von der kameralistischen zur doppelten Buchführung. Die Folgeabschlüsse werden nach den gesetzlichen Mindestanforderungen erstellt und auch so geprüft. Den Schlüsselpunkt bei der Beschleunigung des Prozesses bildet die nunmehr praktizierte parallele Erstellung und Prüfung der Jahresabschlüsse. Im Mittelpunkt steht die zügige Erarbeitung des Jahresabschlusses 2016, so dass Buchungsfehler der Vorjahre, welche das Ergebnis nicht beeinflussen, erst mit dem Jahresabschluss 2016 korrigiert werden.</p> <p>Anschließend erläutert er mit Hilfe einer weiteren Präsentation die Inhalte des Jahresabschlusses 2011 und erklärt hierbei auch, mit welchen</p>	<p>Beschlussantrag 294-2016</p>

	<p>Besonderheiten dieses Haushaltsjahr geprägt war. Im Zuge seiner Erläuterungen beantwortet er auch die zu den Bürgschaften im RPA gestellte Frage. Es bestehen nach wie vor Bürgschaften, diese nehmen jedoch immer weiter ab. (Anlage 1)</p> <p>Herr Dr. Rauball spricht die ausgebliebene Gewinnausschüttung der Neubi an. <i>(Eine Antwort aus dem zuständigen Geschäftsbereich ist als Anlage 2 beigelegt.)</i> Er erklärt den Anwesenden, dass er zur Sitzung des Hauptausschusses einen entsprechenden Änderungsantrag einreichen werde, um den Beschlussantrag in zwei Teilen beschließen zu können. Zum einen soll der Jahresabschluss 2011 beschlossen werden, zum anderen kann seiner Meinung nach auf Grund der nicht durchgeführten Gewinnausschüttungen, die Entlastung der Oberbürgermeisterin für die Haushaltsdurchführung 2011 nicht erteilt werden.</p>	<p>mehrheitlich empfohlen Ja 3 Nein 0 Enthaltung 1</p>
<p>zu 5</p>	<p>Haushaltskurzanalyse zum Stichtag 21. November 2016 BE: GB Finanz- und Ordnungswesen</p> <p>Herr Hülßner informiert die Ausschussmitglieder über die Haushaltskurzanalyse zum Stichtag 21. November 2016. Diese wurde den Mitgliedern vorab zur Verfügung gestellt. Gleichzeitig gibt er das voraussichtliche Ergebnis 2016 bekannt, wozu wie jedes Jahr noch eine gesonderte Haushaltsanalyse stattfinden wird. Hiernach wird unter Vernachlässigung der noch nicht exakt ermittelten Abschreibungen ein fast ausgeglichener Abschluss des Ergebnishaushaltes erwartet.</p> <p>Im Anschluss teilt er allen Anwesenden den Sachstand der Haushaltssatzung 2017 mit. Diese wurde von der Kommunalaufsichtsbehörde nicht beanstandet und kann somit bekannt gemacht werden. Frau Rauball wünscht zur Liquidität des Haushaltes eine regelmäßige Information.</p> <p>Herr Dr. Rauball schlägt vor, diesbezüglich einen Rechtsmittelverzicht zu beschließen, um die Bestandskraft der Haushaltssatzung eher zu erreichen. Man müsse sonst die Widerspruchsfrist von einem Monat abwarten.</p> <p>Ausschussmitglied Tischer würde die Notwendigkeit hierfür gerne vom Rechtsamt überprüfen lassen. (Anlage 3)</p> <p>Der Ausschussvorsitzende lässt für den Rechtsmittelverzicht ein Votum abgeben.</p> <p>Ja : 3 Nein : 0 Enthaltungen : 1</p> <p>Die Mehrheit der Anwesenden ist somit für einen sofortigen Rechtsmittelverzicht.</p>	
<p>zu 6</p>	<p>Mitteilungen, Anfragen, Anregungen</p> <p>Es erfolgen keine Wortmeldungen. Der Ausschussvorsitzende schließt den TOP deshalb ab.</p>	

zu 7	Schließung des öffentlichen Teils Der Ausschussvorsitzende schließt den öffentlichen Teil um 20:18 Uhr und stellt die Nichtöffentlichkeit her.	
------	---	--

gez.
Jens Tetzlaff
Ausschussvorsitzender

gez.
Natalie Reinhardt
Protokollantin

Anlagen

- Anlage 1 - Übersicht über den voraussichtlichen Stand der Verbindlichkeiten / Haftungsverhältnisse aus der Bestellung von Sicherheiten
- Anlage 2 - Antwort aus der Verwaltung zu den Ausschüttungen aus der Neubi und WBG
- Anlage 3 - Stellungnahme zum Rechtsmittelverzicht